

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 28.02.2007
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 13. Februar 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:12 Uhr - 19:45 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2006 - öffentlicher Teil -
33/2007**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1 Änderungen der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts
81/2007**
 - 4.2 Entwicklung der Personalkosten**
- 5. Strategische Zielsteuerung**

- 605/2006
6. **Haushalt 2007**
65/2007
 7. **Stellenplan 2007**
73/2007
 8. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007 und Finanzplanung 2006 bis 2010**
66/2007
 9. **Gesellschaft "GL Service gGmbH"**
hier: Gründung und Abschluss des Gesellschaftsvertrages
32/2007
 10. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
60/2007
 11. **Benennung der Erschließungsstraße an der Forststraße in Bensberg**
48/2007
 12. **Neufassung der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**
68/2007
 13. **Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**
77/2007
 14. **Beitragsfreie Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei dem Verein "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße" (ISG)**
69/2007
 15. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
70/2007
 16. **Haushaltsangelegenheiten des Integrationsbeirates**
71/2007
 - 17.1 **Genehmigung von Dienstreisen des Seniorenbeirates**
27/2007
 - 17.2 **Genehmigung von Dienstreisen zu Veranstaltungen der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter e. V. in Nordrhein-Westfalen (LAG SB NRW)**
29/2007
 18. **Anträge der Fraktionen**

- 18.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2007 zur Erweiterung der Produktgruppenstruktur im NKF-Haushalt**
82/2007
- 18.2 Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 15.01.2007 zu Beförderungen und Einstellungen**
40/2007
- 18.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2007 und Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2007 zur Ausschreibung der Stelle "Fachbereichsleitung 7"**
53/2007
- 18.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2007 zur Energieeinsparung und CO2-Reduzierung**
78/2007
- 18.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007 zur durchgehenden Öffnung der Strunde im Rahmen der Umsetzung der Ziele der Regionale 2010**
89/2007
- 18.6 Antrag vom 28.04.2005 zur Information des Hauptausschusses über die Feinstaubproblematik in Bergisch Gladbach**
90/2007
- 18.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007, die Zuständigkeitsordnung im Bezug auf den AUIV zu novellieren**
91/2007
- 18.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007 zur Novelle des RFK**
92/2007
- 18.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.01.2007 zur strategischen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach**
93/2007
- 18.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.01.2007, die Verwaltung zu beauftragen, die kommunale Stadt- und Bauleitplanung an ökologischen Grundsätzen auszurichten**
94/2007
- 19. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2006 - nicht öffentlicher Teil -**
 34/2007

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH (RBS)**
 Erwerb eigener Anteile durch die Gesellschaft
 551/2006

5. **Anträge der Fraktionen**

6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 13. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Hagen, Herr Kremer, Herr Nagelschmidt (alle CDU), Frau Hammelrath (SPD) und Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig, Herrn Kierspel (beide CDU), Herrn Dresbach (SPD) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung mit Schreiben vom 01.02.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die Ergänzungen mit Schreiben vom 08.02.2007.

Er weist darauf hin, dass er bereits mit Schreiben vom 08.02.2007 angekündigt habe, die Entscheidung über einer weitere Vorlage (DS-Nr. 110/2007) zu TOP A 17.1 in die Tagesordnung aufzunehmen. Über die Aufnahme dieser weiteren Vorlage in die Tagesordnung besteht Einvernehmen.

Weiterhin schlägt Herr Orth vor, den TOP A 18.2 gemeinsam mit TOP A 7 und die TOP A 18.9 und A 18.10 gemeinsam mit TOP A 5 zu behandeln. Hiermit erklären sich die Antragsteller und auch die übrigen Hauptausschussmitglieder einverstanden.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.12.2006 - öffentlicher Teil - wird einstimmig genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2006 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters
hier: Änderungen der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts

@-> Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<-@
4.2 Mitteilungen des Bürgermeisters
hier: Entwicklung der Personalkosten

@-> Herr Kreilkamp stellt dar, dass es auch im Jahr 2006 erneut gelungen sei, das Budget für die Personalkosten deutlich zu unterschreiten. Dies schaffe - unter den Regeln des Nothaushalts - die Grundlage für eine Beförderung von Beamtinnen und Beamten. Im Übrigen verdeutlicht Herr Kreilkamp, dass mit einem restriktiven personalwirtschaftlichen Kurs auch in den Vorjahren Budgetunterschreitungen erreicht werden konnten. Er dankt auch im Namen des Bürgermeisters den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dass durch deren Einsatz diese Einsparerfolge ohne spürbare negative Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden konnten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

<-@
5. Strategische Zielsteuerung

@-> Herr Ziffus erläutert die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vormals TOP A 18.9 und A 18.10). Bei der bisherigen Festlegung der strategischen Ziele hätten die Felder „Ökonomie“ und „Soziales“ im Vordergrund gestanden. Das Feld „Ökologie“ sei bisher jedoch nicht als strategisches Ziel festgelegt worden. Die strategische Zielsteuerung müsse um wichtige Handlungsfelder und Ziele ergänzt werden.

Herr Orth erläutert den bisherigen Beratungsverlauf und Beratungsstand und schlägt vor, dass der Hauptausschuss die Beratung und Entscheidung zu diesen TOP an den Rat verweisen und dies in der Sondersitzung des Rates am 08.03.2007 behandelt werden solle.

Herr Waldschmidt beantragt daraufhin eine Vertagung der Entscheidung in die Sitzung des Rates am 08.03.2007. Herr Dr. Kassner stimmt diesem Vorschlag zu, Herr Ziffus spricht sich dagegen aus.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Die Beratung und Entscheidung über die TOP A 5, A 18.9 und A 18.10 wird an den Rat verwiesen und in die Sondersitzung des Rates am 08.03.2007 vertagt.

<-@

6. Haushalt 2007

@-> Frau Schmidt-Bolzmann fragt, wie die von ihr festgestellte Differenz von 1 Mio. EUR zwischen den in der Vorlage 65/2007 und den in der Haushaltssatzung aufgeführten Gesamtpersonalkosten zu erklären sei. Herr Orth und Herr Kreilkamp verweisen auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Herr Ziffus erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Bereichen „Hauptausschuss als Stadtentwicklungsausschuss“ und „Hauptausschuss für die übrigen Bereiche“ nicht zustimmen werde. Für ersteren Bereich und für die Gleichstellungsstelle müssten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem müsse das Verfahren des Bürgerhaushalts überarbeitet werden. Die Bürger müssten besser in die Entscheidungsfindung des Rates und seiner Ausschüsse - vor Allem in den Bereichen, zu denen sie einen direkten beruflichen und privaten Bezug haben (z. B. Straßenverkehr, Umwelt, Kultur) - eingebunden und besser informiert werden.

Auch Herr Waldschmidt hält das Verfahren des Bürgerhaushalts für nicht optimal. Die Veranstaltungen seien zeitlich schlecht platziert gewesen. Der Normalbürger habe wenig Interesse, wochentags abends an Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt teilzunehmen, wenn er/sie am nächsten Tag wieder früh arbeiten müsse. Die Bürgerinnen und Bürger hätten zudem zu wenige Informationen erhalten. Eine qualifizierte Diskussion sei daher nur schwer möglich gewesen.

Herr Orth betont, dass man sich in der Zielsetzung, Bürgerinnen und Bürger repräsentativ an der städtischen Haushaltspolitik zu beteiligen, weiterhin einig sei. Es habe noch nie so viele Haushaltsinformationen für Bürgerinnen und Bürger gegeben wie in den letzten Jahren. Natürlich könne das Verfahren optimiert werden. Eine Überarbeitung müsse ohnehin wegen der Einführung des NKF vorgenommen werden.

Herr Dr. Kassner und Herr Albrecht beantragen, die Beratung über diesen TOP nicht in der heutigen Hauptausschusssitzung, sondern in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 28.02.2007 vorzunehmen. Hierüber besteht Einvernehmen.

<-@

7. Stellenplan 2007

@-> Herr Lang erläutert den Antrag der BfBB (vormals TOP A 18.2), Herr Orth die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Waldschmidt erklärt, dass der Antrag der BfBB viel zu weit gehend sei. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung, die Personalkompetenz des Bürgermeisters auf den Rat zu übertragen, mit der Gemeindeordnung nicht vereinbar sei. Bei der bestehenden schlechten Haushaltslage sei es jedoch nicht vertretbar, alle Beamtinnen und Beamten auf der Warteliste noch in 2007 zu befördern. Der Vorschlag der SPD-Fraktion sei eine Beförderung von 50% der Beamtinnen und Beamten in 2007, 25% in 2008 und 25% in 2009. Dabei solle eine Sozialauswahl vorgenommen werden. Insbesondere die im mittleren Dienst und die seit vielen Jahren ausstehenden Beförderungen (ab ca. 4-5 Jahren) sollten vorrangig vorgenommen werden. Gleiches gelte, wenn eine hohe Differenz (ab 2-3 Stufen)

zwischen Bewertung der Stelle und Besoldungsgruppe des Stelleninhabers bestehe.

Herr Ziffus fragt, wie es sein könne, dass teilweise große Unterschiede zwischen Bewertung der Stelle und Besoldungsgruppe des Stelleninhabers bestünden.

Herr Kreilkamp antwortet, dass diese Differenzen insbesondere durch die externe Einstellungssperre entstanden seien, in der frei gewordene Stellen intern wiederbesetzt wurden, und das teilweise mit Personal in niedrigeren Laufbahngruppen als in den Stellenanforderungen vorgesehen (z. B. Besetzung von Stellen des gehobenen Dienstes mit Personal des mittleren Dienstes). Es sei jedoch finanziell wesentlich günstiger, die jetzigen Stelleninhaberinnen und -inhaber zu befördern und Stellen höher zu bewerten, als neues Personal einzustellen.

Herr Lang führt aus, dass sich die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zum Antrag der BfBB im Wesentlichen auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen berufe. Die Rechtmäßigkeit dieses erstinstanzlichen Urteils halte er für zweifelhaft. Insbesondere § 74 Absatz 1 Satz 3 Gemeindeordnung NW sei von den Richtern nicht berücksichtigt worden. Viele Beamte seien seit Jahren unterbezahlt und Frust am Arbeitsplatz verhindere eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung. Der Vorschlag der SPD sei praktisch nicht realisierbar.

Herr Dr. Kassner spricht sich gegen den Antrag der BfBB und für den Vorschlag der SPD aus. Dieser sei mit der CDU-Fraktion abgestimmt.

Frau Beisenherz-Galas bittet um getrennte Abstimmung der Punkte „Stellenanhebungen“ und „Stelleneinsparungen“ und spricht sich für den Bereich „Stellenanhebungen“ ebenfalls für den Vorschlag der SPD aus. Der Bereich „Stelleneinsparungen“ sei nicht transparent genug. Sie könne daher in diesem Punkt den Beschlussvorschlag nicht befürworten.

Herr Freese bittet darum, der SPD-Fraktion die Bewertung bzw. eine Begründung für die Stellenanhebung der Stelle Nr. 5-500-593 zuzuleiten.

Herr Lang fordert den Bürgermeister auf, mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis über eine Überführung der Beschäftigten der Stadtverwaltung in der KAS an den Kreis zu verhandeln. Die Aufgaben der KAS würden in die Zuständigkeit des Kreises fallen und müssten daher auch von diesem finanziert werden.

Dieser Verhandlungsauftrag wird dem Bürgermeister einvernehmlich vom Hauptausschuss erteilt.

Herr Orth erläutert, dass die Personalkosten der KAS in vollem Umfang aus Bundesmitteln refinanziert würden.

Herr Kreilkamp erläutert, dass die Bewertung einer Stelle ausschließlich nach dem Stellenprofil und damit personenunabhängig vorgenommen werde. Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes würden teilweise Aufgaben des gehobenen Dienstes wahrnehmen. Diese könnten aus beamtenrechtlichen Gründen ohne Prüfung / ohne Aufstieg jedoch nicht in den gehobenen Dienst befördert werden, sondern maximal in die Spitzengruppe ihrer Laufbahn.

Herr Schütz fragt, warum unter „Finanzielle Auswirkungen“ der Betrag 0,- EUR aufgeführt sei. Beförderungen hätten schließlich finanzielle Auswirkungen.

Herr Orth antwortet, dass man heute keine Beförderungen, sondern einen Stellenplan beschließe. Der Beschluss habe daher formell keine Finanzwirksamkeit.

Herr Schütz fragt weiterhin, ob die Stadt verpflichtet sei, die Stellenanhebungen vorzunehmen und ob es in der Stadtverwaltung auch Beschäftigte gebe, die nicht unter-, sondern überbezahlt werden.

Beides wird von Herrn Orth verneint.

Herr Schütz führt daraufhin aus, dass die KIDinitiative die Stellenanhebungen ablehne. Die finanzielle Gesamtsituation der Stadt müsse beachtet werden, und diese sei zu schlecht, als dass Stellenanhebungen vertretbar wären.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der BfBB-Fraktion abstimmen. Für den Antrag stimmt die BfBB. Mit Gegenstimmen von CDU, SPD, Teilen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich zurückgewiesen.

Herr Lang fragt zu den Stellenveränderungen, warum bei den Stellen mit den Nummern 4-400-161 und 4-400-451+469 in der Spalte „Stellenveränderungen von“ keine Stellenbewertung aufgeführt sei.

Herr Kreilkamp antwortet, dass sich die bisherige Aufgabenwahrnehmung der Schulbetreuer derart verändert habe, dass vom Stelleninhalt her neue Stellen entstanden seien. Aufgaben seien neu zusammengefasst worden und deshalb sei keine ursprüngliche Stellenbewertung aufgeführt.

Herr Lang fragt daraufhin, was sich in der Aufgabenwahrnehmung verändert habe.

Herr Kreilkamp verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Buchstabe A) des Beschlussvorschlags wird beschlossen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Buchstabe B) des Beschlussvorschlags wird beschlossen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Buchstabe C) des Beschlussvorschlags wird beschlossen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Buchstabe D) des Beschlussvorschlags wird beschlossen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

Buchstabe E) des Beschlussvorschlags wird beschlossen.

<-@
8. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007 und Finanzplanung 2006 bis 2010**

@-> Herr Waldschmidt bittet die Verwaltung um eine Überprüfung, ob die Fahrzeugbeschaffung für die Feuerwehr wirtschaftlicher durch die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) durchgeführt werden könne. Die Verwaltung sei diesbezüglich bereits tätig geworden. Die SPD würde dem Wirtschaftsplan daher nur unter dem Vorbehalt zustimmen, dass - falls eine Fahrzeugbeschaffung über die EBGL günstiger wäre - dies auch so vorgenommen werde.

Herr Mumdey bestätigt, dass die Verwaltung in jedem Einzelfall prüfe, ob eine Beschaffung durch die EBGL finanziell günstiger sei.

Herr Dr. Kassner erläutert, dass die CDU ein solches Verfahren begrüße und fragt, ob die EBGL wie die Verwaltung an die Vergaberichtlinien gebunden sei.

Herr Schmickler antwortet, dass sich auch die EBGL prinzipiell an die Vergaberichtlinien halte, jedoch in der Vergabe von kleinen Aufträgen freier sei als die Stadtverwaltung. Er erläutert ergänzend, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr der EBGL die Möglichkeit der Fahrzeugbeschaffung für die gesamte Verwaltung durch Beschluss zugewiesen habe.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich bei einer Gegenstimme der BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2007 und die Finanzplanung 2006 bis 2010 werden beschlossen.

<-@
9. **Gesellschaft "GL Service gGmbH"**
hier: Gründung und Abschluss des Gesellschaftsvertrages

@-> Herr Orth erläutert, dass im Entwurf des Gesellschaftsvertrages ein Fehler unterlau-

fen sei. Die Überschrift zu § 9 müsse folgendermaßen lauten: "Einberufung und Vorsitz der Gesellschafterversammlung".

Herr Orth schlägt außerdem folgende Änderung unter Punkt 4.1 des Beschlussvorschlags vor: "In die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH werden als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

1. der Bürgermeister oder eine von ihm zu benennende Vertreterin / ein von ihm zu benennender Vertreter nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NW

2. (...)

gewählt."

Diese Formulierung gewährleiste die Möglichkeit der Vertretung des Bürgermeisters. Die Formulierung unter Punkt 4.1 des Beschlussvorschlags („Der Bürgermeister kann sich in der Gesellschafterversammlung von Frau/Herrn vertreten lassen (§ 8 Gesellschaftsvertrag).“) sowie § 8 Absatz 2 Satz 4 Gesellschaftsvertrag („Der Rat wählt darüber hinaus einen vom Bürgermeister vorgeschlagenen Beamten, der den Bürgermeister in der Gesellschafterversammlung vertreten kann.“) würden damit entfallen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigen sich dahingehend, dass die Vertreter des Rates in der Gesellschafterversammlung erst in der Ratssitzung benannt werden sollen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende - durch den Vorschlag des Bürgermeisters geänderte - **Beschlussempfehlung** mit der Maßgabe, dass die Vertreter des Rates in der Gesellschafterversammlung erst in der Ratssitzung am 01.03.2007 benannt werden:

1. Die Gründung der Gesellschaft "**GL Service gGmbH**" zum 01.04.2007 wird beschlossen. Dem Gesellschaftsvertrag für die GL Service gGmbH wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen. Formelle Änderungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde oder des Notars, die den materiellen Gehalt des Gesellschaftsvertrages nicht berühren, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Neugründung der GL Service gGmbH nach § 115 GO NW der Kommunalaufsicht anzuzeigen.
4. Für den Fall der Zustimmung der Kommunalaufsicht zur Neugründung der GL Service gGmbH werden bereits folgende geänderte Beschlüsse gefasst:
 - 4.1 In die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH werden als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
 1. der Bürgermeister oder eine von ihm zu benennende Vertreterin / ein von ihm zu benennender Vertreter nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NW
 2.

3.
4.
5.
6.
7.

gewählt.
 [Satz 2 entfällt.]

- 4.2 Als Geschäftsführer der GL Service gGmbH werden Frau Manuela Leyendecker und Herr Bruno Hastrich bestellt.
- 4.3 Der Stadtkämmerer wird ermächtigt, das Stammkapital für die Gesellschaftsgründung in Höhe von 25.000 € aus der Haushaltsstelle 1.870.930.23 zur Verfügung zu stellen.

<-@
10. Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen

@-> Herr Orth berichtet, dass in der Bergisch Gladbacher Partnerstadt Pszczyna Wahlen stattgefunden hätten und ein neuer Bürgermeister (Herr Krystian Szostak) gewählt worden sei, dem er bereits seine Glückwünsche übermittelt habe.

Herr Freese spricht der Verwaltung Lob und Anerkennung dafür aus, dass mit einem sehr kleinen Budget so viele städtepartnerschaftliche Veranstaltungen durchgeführt werden konnten. Er regt an, die Beziehungen vor Allem zu den osteuropäischen Partnerstädten zu intensivieren und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgenden **Beschluss**:

<-@
 @-> Die für das Jahr 2007 vorgesehenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten werden gebilligt.

<-@
11. Benennung der Erschließungsstraße an der Forststraße in Bensberg

@-> Herr Albrecht erläutert, dass die CDU-Fraktion den Straßennamen „Rudolf-Diehl-Weg“ nicht für einen idealen Vorschlag halte. Man solle sich an die Reihenfolge der bei der letzten Straßenbenennung vereinbarten Liste halten, die der Verwaltung vorliege. Die CDU-Fraktion beantrage daher, die neu zu benennende Straße „Katharina-Güschchen-Weg“ zu nennen.

Herr Schütz, Frau Koshofer, Herr Ziffus, Herr Lang und Herr Waldschmidt sprechen sich daraufhin ebenfalls für den Vorschlag der CDU-Fraktion aus.

Herr Lang äußert seine Bedenken, dass eine Straßenbenennung im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt wird. Demnächst sollten Straßenbenennungen nicht öffentlich verhandelt werden.

Der Hauptausschuss fast daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die von der Forststraße abzweigende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung

„Katharina-Güschchen-Weg“.

<-@
12. **Neufassung der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@-> Die Neufassung der Ehrungssatzung wird beschlossen.

<-@
13. **Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**

@-> Herr Dr. Kassner bittet um eine Beantwortung der Frage, wo in Frankenforst Verkaufsstellen an vier Sonntagen im Jahr 2007 öffnen werden.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung. Eine Kopie des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@-> Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

<-@
14. **Beitragsfreie Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei dem Verein "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße" (ISG)**

@-> Herr Ziffus erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Standortgemeinschaft auch für die obere Hauptstraße für sinnvoll erachte.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem Verein „ISG Hauptstraße“ bei.

<-@
15. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
16. **Haushaltsangelegenheiten des Integrationsbeirates**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Integrationsbeirat wird ermächtigt, die in der Vorlage dargestellten Aktivitäten

mit einem Ausgabevolumen bis zu 3.500,- EUR in die Wege zu leiten und die hierfür notwendigen Verpflichtungen einzugehen, sobald der Haushalt genehmigt bzw. die entsprechende Freigabe durch die Kommunalaufsicht erfolgt ist.

<-@

17.1 Genehmigung von Dienstreisen des Seniorenbeirates

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

1. Die Dienstreise des Herrn Hans Steinbach am 14.08.2006 nach Düren wird nachträglich genehmigt.
2. Die Dienstreise des Herrn Manfred-W. Kautz am 25.04.2007 nach Kerpen wird genehmigt.
3. Die Dienstreise des Herrn Rainer Möller am 02.03.2007 nach Dortmund wird genehmigt.

<-@

17.2 Genehmigung von Dienstreisen zu Veranstaltungen der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter e. V. in Nordrhein-Westfalen (LAG SB NRW)

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- @->
1. Die Teilnahme Herrn Peter Hillebrands (Vorsitzender des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen) an den Sitzungen der Arbeitskreise der LAG SB NRW am 08.11.2006 in Essen wird nachträglich als Dienstreise genehmigt.
 2. Die Dringlichkeitsentscheidung vom 23.11.2006 zur Genehmigung einer Dienstreise des Herrn Peter Hillebrand am 25.11.2006 nach Bonn wird genehmigt.

<-@

18. Anträge der Fraktionen

18.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2007 zur Erweiterung der Produktgruppenstruktur im NKF-Haushalt

@-> Der Antrag wird nicht beraten, da er sich nach der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Vorlage) erübrigt hat.

<-@

18.2 Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 15.01.2007 zu Beförderungen und Einstellungen

@-> Der Antrag wurde bereits unter TOP A 7 behandelt.

<-@

18.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2007 und Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2007 zur Ausschreibung der Stelle "Fachbereichsleitung 7"

@-> Herr Lang und Herr Waldschmidt sprechen sich für eine verwaltungsinterne Besetzung der Stelle aus.

Herr Orth weist darauf hin, dass heute nur eine Beschlussempfehlung für eine beabsichtigte externe Ausschreibung der Stelle gefasst werden könne, da vor der externen Ausschreibung noch die Entscheidungen der Aufsichtsbehörde und des Personalrats eingeholt werden müssten. Sollte der Landrat die externe Ausschreibung der Stelle nicht genehmigen, werde die Stelle nur verwaltungsintern ausgeschrieben.

Herr Lang fragt, aus welcher Rechtsvorschrift sich die Eingriffsmöglichkeit des Landrats begründe, eine externe Stellenausschreibung zu verhindern. Er bittet darum, die Antwort noch möglichst vor der Ratssitzung zu erhalten.

Herr Mumdey antwortet, dass die Stadt Bergisch Gladbach die Pflicht zum Haushaltsausgleich zu erfüllen habe. Wenn die Stadt diese Pflicht nicht erfülle, seien die sonstigen Freiheiten eingeschränkt, auch im Personalbereich.

Herr Dr. Kassner verweist auf die im kommunalen Selbstverwaltungsrecht verankerte und damit grundgesetzlich geschützte Personalhoheit der Kommunen.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage (eine Kopie des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt) und lässt daraufhin über den Antrag abstimmen:

Für den Antrag stimmen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, und KIDinitiative. Bei Gegenstimmen von SPD und BfBB wird der Antrag mehrheitlich angenommen.

<-@
18.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2007 zur Energieeinsparung und CO2-Reduzierung

@-> Frau Beisenherz-Galas ergänzt den Antrag unter Nr. 3: „Die Verwaltung überprüft die Energieeinsparpotentiale bei allen städtischen Gebäuden, insbesondere bei Schulen.“

Der Antrag wird ohne Aussprache einvernehmlich an den zuständigen Finanz- und Liegenschaftsausschuss überwiesen und ist in die Tagesordnung der Sitzung am 28.02.2007 aufzunehmen.

<-@
18.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007 zur durchgehenden Öffnung der Strunde im Rahmen der Umsetzung der Ziele der Regionale 2010

@-> Herr Ziffus erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Waldschmidt führt aus, dass eine durchgehende Öffnung der Strunde auch im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr ausführlich diskutiert worden sei. Eine Offenlegung des gesamten Strundeverlaufs sei illusorisch. So verlaufe die Strunde z. B. teilweise unter Gebäuden, und eine vollständige Offenlegung würde Hochwasserprobleme mit sich bringen. Man solle daher bei der jetzigen Beschlusslage bleiben und den Antrag zurückweisen.

Herr Ziffus erwidert, dass es einige wenige Stellen gebe, an denen die Strunde sich nicht offen legen ließe. An diesen Stellen solle sich an den Grundsatz gehalten werden, die Strunde höchstens auf einer Länge von 30 Metern zu verrohren. Unter dieser Voraussetzung könne die Strunde durchgehend geöffnet werden. Für die befürchteten Hochwasserprobleme gebe es viele Lösungsmöglichkeiten.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag abstimmen. Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfBB. Bei Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP und Enthaltung der KIDitiative wird der Antrag mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@
18.6 Antrag vom 28.04.2005 zur Information des Hauptausschusses über die Feinstaubproblematik in Bergisch Gladbach

@-> Herr Ziffus erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Albrecht und Frau Kreft schlagen vor, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN selbst um eine solche Veranstaltung bemühen und dann jedes Ratsmitglied einladen könne. Dann könnten die Ratsmitglieder selbst entscheiden, ob sie teilnehmen möchten oder nicht.

Nach einer kontroversen Diskussion lässt Herr Orth über den Antrag abstimmen. Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP wird der Antrag bei Enthaltung von KIDitiative und BfBB mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@
18.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007, die Zuständigkeitsordnung im Bezug auf den AUIV zu novellieren

@-> Herr Ziffus erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP wird der Antrag bei Enthaltung von KIDitiative und BfBB mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@
18.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007 zur Novelle des RFK

@-> Herr Ziffus erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Orth die Stellungnahme der Verwaltung. Frau Schmidt-Bolzmann verwahrt sich ge-

gen die Vermutungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der FDP-Fraktion das RFK unbekannt oder verloren gegangen sei (siehe Antrag). Das Gegenteil sei der Fall. Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich daraufhin gegen den Antrag aus.

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP wird der Antrag bei Enthaltung von KIDinitiative und BfBB mehrheitlich zurückgewiesen.

<-@
18.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.01.2007 zur strategischen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach

@-> Der Antrag wurde bereits unter TOP A 5 behandelt.

<-@
18.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.01.2007, die Verwaltung zu beauftragen, die kommunale Stadt- und Bauleitplanung an ökologischen Grundsätzen auszurichten

@-> Der Antrag wurde bereits unter TOP A 5 behandelt.

<-@
19. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Freese: Anfrage zu weiterführenden Schulen

Herr Freese fragt, ob die Gefahr bestehe, dass die Stadt Bergisch Gladbach ähnliche Probleme bekommen könnte, ihre ehemaligen Grundschüler auf weiterführenden Schulen unterzubringen, wie die Stadt Köln. Dort hätten Schülerinnen und Schüler zum weiterführenden Schulbesuch auf eine Gesamtschule abgewiesen werden müssen.

Dies wird von Herrn Orth verneint.

Herr Ziffus und Frau Beisenherz-Galas fragen zusätzlich, ob der Beschluss über die Vierzügigkeit von Bergisch Gladbacher Gymnasien Empfehlungscharakter habe oder ob er verpflichtend sei.

Diese Vierzügigkeit werde ihrer Ansicht nach zu Kapazitätsproblemen führen.

Herr Orth antwortet, dass die Zügigkeiten der Schulen als Höchstgrenze beschlossen worden und insoweit verpflichtend seien. Wenn mehr Anmeldungen vorliegen sollten, als Plätze zur Verfügung stehen, müssten die Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. Die Stadt Bergisch Gladbach sei jedoch in der Lage, „ihre“ Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen unterzubringen.

Frau Schmidt-Bolzmann: Anfrage zu Gebühren im Fachbereich 3

Frau Schmidt-Bolzmann überreicht einen schriftlichen Fragenkatalog der FDP-Fraktion mit der Bitte um schriftliche Beantwortung. Eine Kopie des Fragenkatalogs

und des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Lang bittet darum, diese Antwort allen Fraktionen zuzuleiten. Dies sollte generell so gehandhabt werden.

Herr Orth antwortet, dass dies in der Regel auch so geschehe. Die Antwortschreiben würden entweder der Niederschrift oder dem Durchführungsbericht als Anlage beigelegt.

Herr Zalfen: Anfrage zu KITA-Beiträgen

Herr Zalfen kritisiert, dass KITA-Mehrbeiträge nachträglich (im Januar 2007 ab 01.07.2006) in großer Höhe durch die Stadtverwaltung eingefordert würden. Die nachzuzahlenden Beiträge seien für die betroffenen Familien eine hohe Belastung und sollten demnächst zeitnaher eingefordert und dies vor Allem entsprechend bekannt gemacht werden.

Herr Mumdey antwortet, dass die Berechnung der Mehrbeiträge viel Zeit in Anspruch genommen habe, da alle Beitragspflichtigen neu geprüft werden mussten. Die Beitragspflichtigen hätte man jedoch früher informieren sollen.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@